



## SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 1 - V - 6 6 - 0 1 0 9

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/66

Stellenzusetzung Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungs- und Konfliktmanagement und Moderation  
Anlage/n siehe Seite 3

 Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

## Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol  
Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf: Stand Juni 2021

abs.: 11.001.245,48 €  
 in %: 14,7

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Personalkosten	90.577	90.577		1100031	630098	66 Zentrale Dienste
	x	2022	Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1100031	673510	66 Zentrale Dienste
	x	2023	Personalkosten	92.389	92.389		1100031	630098	66 Zentrale Dienste
	x	2023	Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1100031	673510	66 Zentrale Dienste
						90.577			Anmeldung zum HH 2022/2023
						9.700			Anmeldung zum HH 2022/2023
						92.389			Anmeldung zum HH 2022/2023
						9.700			Anmeldung zum HH 2022/2023
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>202.366</b>	<b>202.366</b>	<b>202.366</b>			

	x	2024 ff	Personalkosten	92.389			1100031	630098	Zentrale Dienste
	x	2024 ff	Arbeitsplatzkosten	9.700			1100031	673510	Zentrale Dienste
<b>Summe Folgekosten:</b>				<b>102.089</b>					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## **B Kurzbeschreibung des Vorhabens**

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)  
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Das Tiefbau- und Vermessungsamt steht bei fast allen seiner Maßnahmen im Fokus der Öffentlichkeit. Dem Wunsch nach transparentem Handeln der Verwaltung entsprechend, versucht das Amt immer eine möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. Dieser Bereich nimmt immer mehr Zeit in Anspruch, sodass er nicht mehr vom Stammpersonal, wie zum Beispiel den Bauleitern und Planungsverantwortlichen, in der wünschenswerten Qualität geleistet werden kann.

Zur Bewältigung der immer größer werdenden Anforderungen soll für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungs- und Konfliktmanagement und Moderation eine neue Stelle im Dez. V/Amt 66 geschaffen werden.

### **Anlagen:**

- Stellenbeschreibung

## **C Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 die Etablierung einer Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungs- und Konfliktmanagement und Moderation, 1 Planstelle und 1 VZÄ zur Verstärkung des Dez. V/Amt 66 benötigt wird.
  - 1.2 die Nichtschaffung der zusätzlichen Stelle zur Folge hätte, dass diese Aufgaben nicht zufriedenstellend wahrgenommen werden können.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1 Zur Sicherstellung des Beteiligungs- und Konfliktmanagements des Dez. V/66 zum Stellenplan 2022/2023 eine Planstelle mit Stellenwert EG 12 im Amt 66 geschaffen wird.
  - 2.2 Die unter 2.1. aufgeführte Planstelle kann im Laufe des Haushaltsjahres 2022 vorab der Genehmigung des Stellenplans 2022/23 besetzt werden.
  - 2.3 Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten das Personalkontingent (Basiswert) des Dezernats V/66 zum Stellenplan 2022/23 um 1 VZÄ erhöht wird.
  - 2.4 Durch die personellen Veränderungen entstehen in 2022 Personalkosten in Höhe von 90.577 € und Sachkosten in Höhe von 9.700 € bzw. ab 2023 jährlich Personalkosten in Höhe von 92.389 € und Sachkosten in Höhe von 9.700 € (zzgl. Tarifierhöhungen). Die erforderlichen Mittel werden von Dezernat V/66 zum Haushalt 2022/2023 angemeldet

## **D Begründung**

### **I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage**

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Tiefbau- und Vermessungsamt steht bei fast allen seiner Maßnahmen im Fokus der Öffentlichkeit. Dem Wunsch nach transparentem Handeln der Verwaltung entsprechend, versucht das Amt immer eine möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. Dieser Bereich nimmt immer mehr Zeit in Anspruch, sodass er nicht mehr vom Stammpersonal, wie zum Beispiel den Bauleitern und Planungsverantwortlichen, in der wünschenswerten Qualität und Zeit geleistet werden kann.

Aus diesem Grund hat das Amt in den vergangenen Jahren immer wieder zahlreiche Aufträge im Bereich Kommunikation, Beteiligung und Moderation fremdvergeben. Alleine im Jahr 2020 betragen die Kosten für diese Leistungen 130.219,94 €. Die transparente und gerechte Vergabe dieser Aufträge ist sehr komplex, da hier nicht nur der Preis ein Wertungskriterium ist, sondern in erster Linie die Qualität. Dies in einer Ausschreibung zu beschreiben und z. B. über Referenzen und Arbeitsproben objektiv zu bewerten, stellt eine sehr große Herausforderung für das Stammpersonal da, für das der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sicherlich nicht das Kerngeschäft ist. Dazu nimmt die Anzahl der Anfragen an das Tiefbau- und Vermessungsamt stetig zu. Das zeitnahe Abarbeiten der Anfragen bringt das Tiefbau- und Vermessungsamt immer öfter an die Grenzen der Leistungsfähigkeit.

Mit der Etablierung einer Stelle Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungs-, Konfliktmanagement und Moderation können Synergieeffekte genutzt und die öffentliche und interessengeleitete Kommunikation gegenüber externen und internen Anspruchsgruppen gebündelt für alle Abteilungen geführt und optimiert werden. Die operative Steuerung der Öffentlichkeitsarbeit des Amtes, insbesondere Konzeption, Planung sowie selbstständige Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen: Green City Plan „WI-Connect“, zu Einzelprojekten des Amtes 66, zu Digitalisierungsprojekten und Vorhaben des Radbüros machen unsere Stadt langfristig leistungsstark, attraktiv und zukunftsfähig.

Neben der klassischen Öffentlichkeitsarbeit möchte das Tiefbau- und Vermessungsamt zukünftig mehr Beteiligungsprozesse auf fachlicher Ebene durchführen. Die ausgesprochen positive Erfahrung des Beteiligungsverfahrens zur Digitalisierung der Logistik, welches letztendlich zum beschlossenen „Stufenkonzept Nachhaltiger Stadtlogistik“ führte, hat deutlich gezeigt, wie zielführend solche Prozesse sein können, wenn Sie vom Fachbereich in unmittelbarem Austausch mit den Betroffenen gut moderiert werden. Diese Formate funktionieren nur mit professionellem Personal und mit deutlich erhöhtem Aufwand.

Für diese Aufgaben gibt es zurzeit im Tiefbau- und Vermessungsamt kein Personal, weshalb alle Leistungen in diesem Bereich zugekauft werden müssen. Dabei kann es dazu kommen, dass alleine die Durchführung des Vergabeverfahrens schon 15.000 € kostet.

Die eigene Konzeptionierung, die Organisation und Durchführung von innovativen Beteiligungsprozessen und -formaten, insbesondere Kontaktpflege innerhalb des bestehenden Netzwerks, Motivation der Bürgerinnen und Bürger für städtische Entscheidungsprozesse, Organisation von Vortragsreihen, Moderation von Veranstaltungen, Mitwirkung bei kommunalen Bürgerumfragen, Durchführung öffentlicher Austauschformate zur Identifizierung und Umsetzung wirksamer Lösungen für den Green City Plan „WI-Connect“, zu Einzelprojekten des Amtes 66, zu Digitalisierungsprojekten und Vorhaben des Radbüros ermöglichen es einer Landeshauptstadt Wiesbaden innovativ und imagewirksam aufzutreten.

Leider muss festgestellt werden, dass sich auch im Tiefbau- und Vermessungsamt die Konflikte mit Dritten häufen. Dazu kommen immer häufiger Fehlmeldungen und negative Posts in den sozialen Medien. Dem Stammpersonal ist es neben den eigentlichen Aufgaben nicht möglich, auf diese Konfliktsituationen einzugehen. Mit der Schaffung einer Stelle, die inhaltlich nicht bei den Auseinandersetzungen beteiligt ist, sondern als Konfliktmoderator auftritt, erhofft sich das Tiefbau- und Vermessungsamt neben der Schaffung von Kapazitäten beim Stammpersonal, auch eine aktivere Rolle und somit eine positive Wahrnehmung der Verwaltung in den sozialen Medien und der Öffentlichkeit. Vorbeugende Maßnahmen zur Konfliktvermeidung durch proaktive Kommunikation sollen durch die neue Stelle bearbeitet werden. Durch die Etablierung eines eigenen Konfliktmanagements können Konfliktsituationen frühzeitig erkannt und konstruktiv gelöst werden.

Das Tiefbau- und Vermessungsamt hatte alleine im Jahr 2020 bis zu 900 Anfragen / Beschwerden von Bürger\*innen und Ortsbeiräten, die über verschiedenste Kanäle an das Amt herangetragen wurden (z.B. Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden, Bürgerreferat, Dezernat oder an das Tiefbau- und Vermessungsamt direkt).

Neben den genannten Aufgaben soll die Stelle die Kommunikation des Tiefbau- und Vermessungsamtes barrierefrei gestalten. Es ist uns wichtig, dass unsere Informationen, die in die Öffentlichkeit gespielt werden, auch gehörlose oder blinde Menschen erreichen.

Im Einzelnen sind folgende neue dauerhafte Aufgaben zu bearbeiten, die den nachfolgenden Stundenaufwand beinhalten:

Maßnahmentitel	Geschätzter Aufwand pro Jahr auf Dauer
<p><b>Öffentlichkeits- und Pressearbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Öffentlichkeitsarbeit zum Green City Plan „WI-Connect“, zu Einzelprojekten des Amtes 66, zu Digitalisierungsprojekten und Vorhaben des Radbüros</li> <li>- Entwicklung von Kommunikationsstrategien</li> <li>- Koordination und Beantwortung von Anfragen</li> <li>- Vorbereiten und durchführen von Präsentationen</li> <li>- Veranstaltungsmanagement</li> <li>- Verschriftlichen von Projektideen auf Basis fachlichen Inputs</li> <li>- Führen von Interviews und Aufarbeiten von fachlichen Beiträgen für die öffentlichkeitswirksame Kommunikation</li> <li>- Pflege und Aktualisierung der Website</li> <li>- Öffentliche Präsentation des Amtes</li> <li>- Redaktionelles Aufarbeiten von Verkehrsmeldungen</li> <li>- Anfertigen von Pressemeldungen</li> <li>- Beantworten von Medienanfragen</li> <li>- Konzeption und Erstellung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren/ Flyer)</li> <li>- Online-Kommunikation / Neue Medien (Newsletters, Online-Bewerbung von Veranstaltungen)</li> <li>- Bereitstellen von Barrierefreier Kommunikation durch das Tiefbau- und Vermessungsamt</li> </ul>	650
<p><b>Beteiligungsmanagement</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beteiligungsprozesse mit Stakeholdern z.B. Verbände, Industrie und Handwerk, Vereine, Stadtgesellschaft oder der Politik</li> <li>- Öffentliche Beteiligungsprozesse z.B. mit Bürgern, Anwohnern und Betroffenen von Maßnahmen</li> <li>- Moderation von Veranstaltungen Netzwerkarbeit mit Forschung, Politik, Wirtschaft, Fördergeber, Vereinen usw.</li> <li>- Netzwerkarbeit mit Forschung, Politik, Wirtschaft, Fördergeber, Vereinen usw.</li> </ul>	430
<p><b>Konfliktmanagement und Moderation</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Konfliktmanagement in schriftlicher und mündlicher Form mit Bürgern, Politik, Wirtschaft, Fördergeber, städtischen Gesellschaften usw.</li> <li>- Konfliktmoderation</li> <li>- Vorbeugende Maßnahme zur Konfliktvermeidung durch proaktive Kommunikation</li> <li>- Beschwerdemanagement</li> </ul>	460
	1540 Stunden
	1 VZÄ

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

Von den Maßnahmen des Tiefbau- und Vermessungsamtes sind alle Altersschichten betroffen. Zielgerichtete Kommunikation ist daher ausgesprochen wichtig für die Wahrnehmung der Verwaltung in der Öffentlichkeit.

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

Eine professionelle Stelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit kann ermöglichen, dass Informationen barrierefrei (auch an gehörlose oder blinde Menschen) an die Bürger gelangen. Ohne diese Stelle sind Beteiligungs- und Konfliktmanagement im Tiefbau- und Vermessungsamt nicht leistbar.

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

*(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)*

/

## **V. Geprüfte Alternativen**

*(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)*

Sollte die Stelle nicht geschaffen werden, muss das Tiefbau- und Vermessungsamt die Aufgaben weiterhin vergeben. Die Folge sind vermutlich weiter steigende Kosten für Kommunikationsaufträge und erhöhter Aufwand für das Stammpersonal um diese Aufträge zu vergeben, zu kontrollieren und abzurechnen. Die Qualität und Intensität der Kommunikationsaufgaben kann nicht in wünschenswerter Weise gewährleistet werden. Anfragen können nicht immer zeitnah und in ausreichender Tiefe beantwortet werden.

Wiesbaden, 19. August 2021

  
Andreas Kowol  
Stadtrat